

# ORDENTLICHE GEMEINDEVERSAMMLUNG

vom Donnerstag, 11. Dezember 2025, 19.00 Uhr  
in der Mehrzweckhalle Nuglar

---

## Traktanden

1. Wahl der Stimmenzähler
  2. Traktandenliste
  3. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. Juni 2025
  4. Budget 2026
    - 4.1 Vorstellung und Eintretensdebatte
    - 4.2 Krediterteilung zum Budget 2026; Investitionsrechnung
    - 4.3 Beratung des Budgets 2026; Erfolgsrechnung
    - 4.4 Beratung des Budgets 2026; Investitionsrechnung
    - 4.5 Beratung und Beschluss von Gebühren, Tarifen und Ersatzabgaben pro 2026
      - Erhöhung Feuerwehersatzabgabe
      - Erhöhung Hundesteuer
    - 4.6 Festsetzung des Gemeindesteuerbezuges und der Konditionen pro 2026
    - 4.7 Genehmigung des Budgets 2026, Erfolgsrechnung
    - 4.8 Genehmigung des Budgets 2026, Investitionsrechnung
  5. Gemeindeinitiative: Faire Verteilung der Nationalbankgelder (Gemeindeautonomie-Initiative)
  6. Reglemente: Totalrevision Baureglement
  7. Wahl externe Kontrollstelle zur Unterstützung der Rechnungsprüfungskommission
  8. Forstbetrieb Dorneckberg: Genehmigung der Rechnung 2024
  9. Verabschiedung von Behördenmitgliedern
  10. Mitteilungen
  11. Diverses
-

## Begrüssung

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* heisst die Teilnehmenden herzlich zur diesjährigen ordentlichen Winter- bzw. Budgetgemeindeversammlung willkommen und richtet ein paar Worte an sie.

Die heutige Gemeindeversammlung beinhaltet nebst der alljährlichen Budgetberatung die Beratung der Gemeindeinitiative «Faire Verteilung der Nationalbankgelder», die Totalrevision des Baureglements, die Wahl der externen Kontrollstelle zur Unterstützung der Rechnungsprüfungskommission, sowie die Genehmigung der Forstrechnung.

## Eröffnung

### **Bedingungen zur Teilnahme bzw. für die Stimmberechtigung:**

Stimmberechtigt ist, wer folgende drei Bedingungen erfüllt:

- wer das 18. Lebensjahr vollendet hat
- das schweizerische Bürgerrecht besitzt
- und in Nuglar-St. Pantaleon seine Schriften hinterlegt hat

Nicht Stimmberechtigte sollen im Gästesektor Platz nehmen. Das vereinfacht die Arbeit der Stimmenzähler.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* weist darauf hin, dass zur Unterstützung einer wahrheitsgemässen Protokollführung, die GV auf einen Tonträger aufgenommen wird.

Die Datei wird gelöscht, sobald das Protokoll vom Gemeinderat gutgeheissen worden ist.

Er bittet jene, die sich zu Wort melden wollen, sich mit Handerheben bemerkbar zu machen, zu warten, bis sie aufgerufen werden und das Mikrofon vor Ort ist. Dann bitte zu Beginn, Vor- und Nachname, sowie ggf. das Amt, die Kommission oder Organisation, die mit dem Votum vertreten wird, zu nennen.

### **Ansprache des Gemeindepräsidenten**

Der Vorsitzende möchte zunächst ein paar ganz persönlichen Worte an die Gemeindeversammlung richten, denn es ist seine erste Gemeindeversammlung. Er dankt den Wählern für das in ihn gesetzte Vertrauen und die vielen Stimmen, die er erhalten hat.

Er würde gerne über die Zukunft und die Legislaturziele 2025-.2029 reden. Leider musste er sich jedoch in den vergangenen Monaten vor allem mit der Vergangenheit auseinandersetzen. Kaum im Amt, ist ein Brief vom Amt für Gemeinden eingetroffen, betreffend Schuldenbremse. Er wusste zwar von der schweren finanziellen Lage der Gemeinde, aber dieser Brief führte dies nochmals deutlich vor Augen.

Der alte Gemeinderat hatte bereits einen rigorosen Sparplan vorgelegt und eine Steuererhöhung wurde bereits von der letztjährigen Budget-Gemeindeversammlung beschlossen. Wie die Zahlen nun zeigen, war dies etwas spät und reicht leider nicht aus, um den Haushalt zu sanieren.

Für die Umsetzung der Massnahmen zur Haushaltsanierung sind nun wir, als neuer Gemeinderat zuständig. Dabei gilt es zu beachten, dass es gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische, Rahmenbedingungen gibt, die zu immer

höheren Ausgaben bei den Gemeinden führen. Auch andere Gemeinden leiden darunter. Vor allem die Kleinen, wie wir.  
Andere haben mehr Polster und können das noch etwas länger tragen. Wir haben jedoch kein Polster mehr.  
Wir stehen deshalb vor schwierigen Entscheiden. Wenn wir keine Investitionen mehr tätigen dürfen, verfällt mit der Zeit die Infrastruktur unserer zwei Dörfer. Niemand habe sich diese Situation gewünscht. Sie ist aber Realität.  
Wir alle hier können mit dem heutigen Entscheid vermeiden, dass wir in wenigen Jahren vom Kanton «zwangsverwaltet» werden und uns somit jeglicher finanzieller Handlungsspielraum entzogen wird oder wir riskieren unsere Selbstbestimmung zu verlieren.  
Deswegen bittet er die Anwesenden, dem neuen Gemeinderat die Chance zu geben, in die Zukunft schauen zu dürfen. Sie werden in der ausführlichen Präsentation sehen können, dass wir uns diese Entscheidung nicht einfach gemacht haben.  
Für eine gute Zukunft der zwei Dörfer bittet er darum, für die beantragte Steuererhöhung zu stimmen und bedankte sich bereits vorab für das Verständnis und Vertrauen, das damit zum Ausdruck gebracht würde.

---

## Traktandum 1

### Wahl der Stimmenzähler

Der Vorsitzende schlägt Reto Grossmann, Roger Bellet, Michael Dipner und Patrick Morand vor.

### Beschluss

://: Mit grossem Mehr gewählt sind Reto Grossmann, Roger Bellet, Michael Dipner und Patrick Morand.

Die Stimmenzähler stellen die Anzahl der Stimmberechtigten fest. Es sind total 95 Anwesende gezählt worden. Nach Abzug von 6 nicht stimmberechtigten Personen sind somit 89 Stimmberechtigte vertreten. Das absolute Mehr liegt bei 45.

---

## Traktandum 2

### Traktandenliste

Weiter stellt der Vorsitzende fest, dass die **Einladung** zur heutigen Gemeindeversammlung zusammen mit den Erläuterungen **rechtzeitig zugestellt** worden ist. Die ausführlichen **Unterlagen** waren auf der Homepage und auf der Gemeindeverwaltung während der vorgeschriebenen Auflagezeit zur **Einsicht** aufgelegt.

### Beratung

Keine Wortmeldungen.

### Beschluss

://: Die an alle Bewohnerinnen und Bewohner unserer Gemeinde zugestellte Traktandenliste wird ohne Einwände gutgeheissen.

---

## Traktandum 3

### Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. Juni 2025

Das Protokoll ist vom Gemeinderat am 30. Juni 2025 geprüft und in Ordnung befunden worden. Ebenfalls konnte dieses während der öffentlichen Auflagefrist auf der Gemeindeverwaltung von jedermann eingesehen werden.

#### Beratung

*Markus Burtschi* hat noch eine kleine Ergänzung. Er habe letztes Mal gefragt, weshalb die Pauschale des Vizepräsidenten nicht gekürzt wurde. Dies wurde nicht bekanntgegeben, aber im Protokoll ist es vermerkt. Nächstes Mal, wenn eine Frage nicht gleich beantwortet werden kann, soll an der Sitzung erwähnt werden, dass dies abgeklärt und im Protokoll erwähnt wird. Im Protokoll macht es nun den Anschein, dass dies an der Gemeindeversammlung erwähnt wurde.

Eine Dame hat sich damals betreffend Bushaltestelle Bei den Tannen zu Wort gemeldet, und zudem damals angemerkt, dass ihrer Meinung nach der Apéro und das Kommissionsessen wiedereingeführt werden sollen. Er habe zum Ausdruck gebracht, dass er bezüglich Apéro und Essen gleicher Meinung sei. Im Protokoll steht, er habe gesagt, man soll die Essen für CHF 400.- durchführen. Aber das ist zu wenig. Wenn man die Pauschale des Vizepräsidenten ebenfalls um 20% kürzen würde, was er vorgeschlagen habe, seien dies bereits CHF 500.- und somit mehr als CHF 400.-. Die Aussage könne so also nicht stimmen.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* macht darauf aufmerksam, dass das Protokoll bereits genehmigt wurde und somit nicht mehr geändert werden kann. Die Hinweise werden jedoch im Protokoll der heutigen Sitzung festgehalten.

*René Hackspiel* hat letztes Mal etwas gesagt zur Petition betreffend der Ortsplanungsrevision. Die Petition ist nicht nur von ihm initiiert worden, wie im Protokoll der Eindruck erweckt wird, sondern vom Petitionskomitee.

#### Beschluss

://: Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. Juni 2025 wird stillschweigend zur Kenntnis genommen und verdankt.

---

## Traktandum 4

### Budget 2026

#### 4.1 Überblick und Eintretensdebatte

***Das Budget 2026 weist aufgrund von maximalen Sparmassnahmen und einer beantragten Steuererhöhung einen Ertragsüberschuss von CHF 90'919.55 aus. Der Gemeinderat beantragt, den Steuerfuss auf 131% der Staatssteuer zu erhöhen, um den Bilanzfehlbetrag zu reduzieren.***

#### **Erfolgsrechnung**

Das Budget schliesst mit einem Aufwand von CHF 7'640'333.45 und einem Ertrag von CHF 7'731'253.00 ab. Auf der Aufwandseite konnte mit rigorosen Sparmassnahmen, insbesondere durch (teilweise vorübergehende) Reduktion von Stellenprozenten bei der Verwaltung und Reduktion von Unterhalt und Investitionen bei den Gemeindeliegenschaften im Vergleich zum Budget 2025 etwa eine halbe Million eingespart werden (Rechnung 2024: CHF 600'000). Auf der Ertragsseite kann mit einer Steuer- und Gebührenerhöhung die Erträge um insgesamt CHF 150'000 erhöht werden (Rechnung 2024: CHF 500'000). Ohne Steuererhöhung würde erneut ein Aufwandüberschuss resultieren.

#### **Investitionsrechnung**

Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von CHF 132'500.00 und Einnahmen von CHF 80'000.00 aus. Einen wesentlichen Anteil daran haben die Investitionsanteile der Gemeinde an den Investitionen der ARA Ergolz 2 und des Oberstufenzentrums Dorneckberg (OSZD). Aufgrund der hohen Verschuldung unterliegt die Gemeinde für das Jahr 2026 der Schuldenbremse des Kantons Solothurn. Die Investitionstätigkeit in der Gemeinde wurde deshalb auf ein Minimum zurückgefahren. Die Vorgaben der Schuldenbremse sind mit dem Vorliegenden Budget erfüllt.

#### **In den Vorjahren hohe Fehlbeträge, Bilanzfehlbetrag per Ende 2025 erwartet**

Unsere Gemeinde hat ab 2023 hohe Aufwandüberschüsse verzeichnen müssen. Trotz intensiven Sparbemühungen wird auch per Ende 2025 ein negatives Eigenkapital, ein Bilanzfehlbetrag ausgewiesen. Insgesamt wird der Aufwandüberschuss im Zeitraum 2023-2025 ca. CHF 2 Mio. betragen.

Ein Bilanzfehlbetrag muss gemäss (136 Abs. 2 GG) innert fünf Jahren abgebaut werden. Ist dies aus den laufenden Rechnungen und folgenden Budgets nicht ersichtlich, kann der Kanton bereits nach 3 Jahren entsprechende Massnahmen ergreifen.

#### **Ausblick**

Da davon ausgegangen werden muss, dass in den kommenden Jahren die gebundenen Kosten (insbesondere für Altersheime, Spitex, Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe) weiter steigen werden, und bei den beeinflussbaren Kosten eine maximale, langfristig nicht durchziehbare Reduktion vorgenommen wurde, ist perspektivisch in den Folgejahren mit einer Steigerung des Aufwands zu rechnen.

Es ist unsicher, ob die Steuereinnahmen mit dem Ausgabenwachstum Schritt halten kann. In den letzten Jahren musste eine stagnierende Entwicklung festgestellt werden. Infolge der Annahme der Abschaffung des Eigenmietwerts ist zunächst mit erhöhter Bautätigkeit (Renovationen) zu rechnen. Ab Streichung des Eigenmietwerts ist mit sinkenden Steuereinnahmen, aufgrund des Systemwechsels zu rechnen.

Somit muss bereits heute begonnen werden, den Bilanzfehlbetrag abzubauen und – bei positiver Entwicklung – die Mittel für aufgeschobene Unterhalts- und Investitionsvorhaben zu Gunsten der Gemeindeinfrastruktur zu generieren.

## **Erläuterungen**

*Gemeinderat Walter Gugerli* präsentiert anhand von Folien das Budget 2026: Um die Gemeindefinanzen sei es wirklich schlecht bestellt. Er möchte dies möglichst transparent aufzeigen. Es ist ihm ein Anliegen, dass jeder versteht, warum das so ist.

Einerseits gibt es die laufende Rechnung, in welcher die Einnahmen und Ausgaben des jeweiligen Jahres abgebildet sind. Das Jahresergebnis war dabei 2024 stark negativ. Es musste deutlich mehr ausgegeben werden, als eingenommen wurde.

Andererseits gibt es das Eigenkapital, das «Sparkässeli» der Gemeinde. Per Ende 2024 war dieses auf CHF 144'000 gesunken, was im Verhältnis zum Gesamtaufwand der Gemeinde fast nichts ist.

Im Budget 2025 ist wiederum ein Verlust von CHF 535'000 budgetiert. Nun werden wir per Ende 2025 auch beim Eigenkapital ein Minus, einen Bilanzfehlbetrag haben. Dieser muss gemäss Vorgabe des Kantons innert 5 Jahren abgetragen werden.

*Gemeinderat Walter Gugerli* erläutert, wie es zum schlechten Ergebnis 2024 kommen konnte: So wurde bereits ein (kleineres) Minus budgetiert, dazu kamen tiefere Steuereinnahmen, höhere Kosten insb. bei Sicherheit/Sozialausgaben, Alterspflege und Schulen.

Der Gemeinderat hat bereits für 2025 ein rigoroses Sparprogramm beschlossen. Dieses beinhaltet dutzende Massnahmen, mit teils auch kleineren Einsparungsbeträgen.

Ein Grossteil, rund 3/4 der Ausgaben sei jedoch gebunden und die Gemeinde habe nur wenig Handlungsspielraum. So bei den grössten Kostenfaktoren wie Bildung, Soziales und Gesundheit.

Einsparungen im Budget 2026 sind vor allem bei den Schulen (Gebäudeunterhalt, Wegfall der HRM 1 Abschreibungen) und Verwaltung (Gebäudeunterhalt, Wegfall der HRM 1 Abschreibungen und Senkung Personalkosten) erfolgt. Es gibt aber auch Bereiche, die höhere Kosten ausweisen, insbesondere Soziales und Gesundheit.

Die Verwaltungskosten wurden auf das Niveau von 2016 zurückgefahren. Dies wird man ggf. mit längeren Durchlaufzeiten bei Anfragen an die Verwaltung bemerken.

Ein Vergleich der Einnahmeentwicklung unserer Gemeinde im Vergleich zum Durchschnitt aller Solothurner Gemeinden zeigt: Bis 2022 eine ähnliche Entwicklung, ab 2023 aber eine deutlich unterdurchschnittliche Einnahmeentwicklung in Nuglar-St. Pantaleon.

Die aktuelle Entwicklung wird mit einer Prognose eingeschätzt. Diese zeigt für das aktuelle Jahr eine Verbesserung im Vergleich zum Budget, aber immer noch ein Minus von ca. CHF 400'000.-

Für das Budget 2026 wird ein Plus von rund CHF 90'000 budgetiert, dies bei einer Steuererhöhung von 5%-Punkten auf 131%. Dies weiterhin im vollen

Sparmodus. Der weitere Ausblick zeigt, dass selbst mit diesem Steuersatz wahrscheinlich in ein paar Jahren wieder ein minus resultieren wird. Die (vom Kanton geforderte) Reduktion, resp. der Abbau des Bilanzfehlbetrags ist bei einem tieferen Steuersatz sicher nicht möglich.

Zudem wird sich der Eigenmietwert kurz- (vorgezogene Renovationen) und langfristig (Wegfall Besteuerung) negativ auf die Steuereinnahmen auswirken. Der genaue Einfluss ist jedoch schwer absehbar. Zudem werden die Sozial- und Alterskosten zunehmen. Positiv wird sich dafür die Einführung der 13. AHV auswirken. Dann auch ein allfälliger Landverkauf an der Gempenstrasse. Dies ist jedoch auch abhängig von der Ortsplanungsrevision. Auch die Aufwertung des Grundstücks neben der ehemaligen Raiffeisenbank. Weiter werden in Zukunft allenfalls Einnahmen durch Nationalbankgelder (vgl. Traktandum Gemeindeinitiative) sind möglich, aber zurzeit noch unsicher resp. zeitlich weiter weg.

Er versichert, dass das Kostendenken vom Gemeinderat verinnerlicht worden sei. Ein langfristiger Investitionsstopp würde zum Verfall der Gemeindeinfrastrukturen führen, aber aktuell kann gar nichts investiert werden.

[Eine zusätzliche Person betritt den Raum.]

### Eintreten

**Gemeindepräsident Andreas Gitzi beantragt Eintreten auf sämtliche Budget-Geschäfte 4.2 – 4.8.**

://: Grossmehrheitlich ohne Gegenstimmen wird Eintreten beschlossen.

## **4.2 Krediterteilung zum Budget 2026; Investitionsrechnung**

Es liegen keine Kreditanträge über CHF 75'000 zur Beschlussfassung vor. Das ist eine Auswirkung der Schuldenbremse.

## **4.3 Beratung des Budgets 2026, Erfolgsrechnung**

### Beratung

*Thomas Giger* stellt fest, dass eine Steuererhöhung nicht hilfreich ist, um gute Steuerzahler zu gewinnen. Ein zu hoher Steuersatz mindert die Attraktivität der Gemeinde. Er stellt auch Fragen zu Steuerausständen aufgrund des Veranlagungsrückstandes seitens Kanton und ob das Budget der Feuerwehr gesunken sei?

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* bittet um eine Frage nach der anderen.

Steuersubstrat. Wir haben es uns nicht leicht gemacht. Gute Steuerzahler haben gerne weniger Steuern. Aber es gibt auch mit dem aktuellen Steuersatz keine Garantie, dass tatsächlich gute Steuerzahler zuziehen.

Bei den Veranlagungen hat sich der Kanton restrukturiert, die Regionen bezogene Behandlung der Veranlagungen wurde aufgegeben. Weil die Veranlagun-

gen in der Vergangenheit immer im Rückstand waren. Aktuell sind diese tatsächlich immer noch im Rückstand. Dies soll künftig besser werden. Auch mit Hilfe von KI (künstlicher Intelligenz).

Eine zweite Restanz betrifft Subventionszahlungen der Gebäudeversicherung. Bei der SGV wurde deswegen interveniert.

*Thomas Giger* fragt, ob das Budget der Feuerwehr gesunken sei. Die Kosten für Sicherheit seien tiefer budgetiert.

*Gemeinderat Silvan Heutschi*: Neu haben wir einen Fixbetrag, der die gesamten Kosten abdeckt [d.h. keine «Luft» mehr im Feuerwehrbudget].

*Leiter der Verwaltung Christian Müller* ergänzt, dass die Kosten in etwa gleichgeblieben sind, entgegen der Erwartungen. Den Unterschied ergibt sich hauptsächlich durch die höheren Einnahmen durch die Feuerwehrsteuer.

*Thomas Giger*: Sozialkosten sind im Vergleich zu früher stark gestiegen, obwohl die Quote der Sozialhilfebezügler konstant blieb. Vermutlich liegt dies an der Professionalisierung, Stichwort Sozialregion Dornach. Ist man diesbezüglich mit Dornach in Kontakt.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* ist mit Dornach in Kontakt. Es wird aktuell eine neue Fallabrechnung eingeführt. Entlastet das das Budget? Nein, es wird nicht günstiger. Er hat zudem festgestellt, dass bei der Sozialregion aussergewöhnlich viele Absenzen anfallen. Es müssen Externe zusätzlich eingestellt werden. Das kostet zusätzliches Geld. Der Eindruck ist, dass Dornach zu wenig auf die Kosten schaut, da diese verteilt werden. Das ist ein schwieriges Thema. In den entsprechenden Gremien meldet sich kaum jemand zum Budget. Er hat dies jedoch bereits getan und wird auch weiter eine kritische Sicht einbringen.

*Thomas Giger* erwähnt eine Studie zum Vergleich der Sozialregionen.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi*: Hat diese bereits angefordert. Er hoffe wir bekommen diese zur Einsichtnahme.

*Thomas Giger*: hat eine Frage zum Sparprogramm des Kanton: Gibt es bereits Auswirkungen der Einsparungen / Anlastungen auf unsere Gemeinde?

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* bejaht dies grundsätzlich und verweist auf die Gemeindeinitiative, um diesem Trend entgegenzuwirken.

*Thomas Giger* erkundigt sich wieviel das ausmache in der Erfolgsrechnung, Anteilsmässig müssten dies etwa CHF 100'000 für unsere Gemeinde sein.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* bestätigt, dass wir teils mehr budgetiert haben, z.B. wurden die Krankenklassenprämienvergünstigungen den Sozialregionen angelastet, was kantonsweit eine Summe von CHF 6 Mio. ausmacht. Das wurde im Budget so berücksichtigt.

Die Schlussabstimmung erfolgt bei Traktandum 4.8.

[Eine zusätzliche Person betritt den Raum.]

## **4.4 Beratung des Budgets 2026, Investitionsrechnung**

### **Beratung**

*Thomas Giger* erkundigt sich danach, wie sich die Abschreibungen in den nächsten Jahren entwickeln.

*Leiter der Verwaltung Christian Müller* erklärt, dass die Abschreibungen auf dem tieferen Niveau des Budget 2026 verbleiben werden, resp. sich bei neuen Investitionen wieder erhöhen. Diese Senkung ist ein Einmaleffekt aufgrund der ausgelaufenen HRM 1 Abschreibungen. Vor 10 Jahren wurde das Rechnungslegungsmodell geändert und der Anlagen-Restwert musste über 10 Jahre abgeschrieben werden.

*Thomas Giger* fragt nach, ob zukünftig mit ca. CHF 200'000 Entlastung gerechnet werden kann.

*Leiter der Verwaltung Christian Müller* antwortet, die Abschreibungen werden auf dem tieferen Niveau des Budget 2026 verbleiben. Keine weitere Senkung.

*Thomas Giger* erwähnt, dass die Investitionen OSZD in den nächsten Jahren tiefer sein werden als in den Vorjahren.

*Gemeinderätin Nicole Hänger* bestätigt dies.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* erläutert, dass der geschätzte Anlagenwert der Gemeindeimmobilien ca. CHF 75 Mio. beträgt. Basierend auf dieser Anlagensumme ergibt sich ein üblicher Investitionsbedarf von CHF 1.5 Mio..

*Jitka Zack*: Was ist jetzt mit dem Werkhof. Da man nun nichts mehr investieren kann. Dazu gab es keine Info.

*Gemeinderat Walter Gugerli* bemerkt, «Werkhof» sei das Unwort des Jahres. Das Geld dafür fehlt schlichtweg. Es wird in den nächsten Jahren, bis Jahrzehnten, keinen neuen geben.

*Jitka Zack*: Im Gemeindeblatt sei etwas zu Werkhof/Sammelstelle erwähnt.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* erläutert dazu, es wird nur die bestehende Sammelstelle verschoben. Es ist kein neuer Werkhof geplant.

*Leiter der Verwaltung Christian Müller* bestätigt, dass aktuell kein Werkhofbau möglich ist. Dass es Jahrzehnte dauern wird, wird hoffentlich nicht so eintreffen. Es braucht weiterhin einen Werkhof. In den nächsten 5 Jahren ist dies wohl nicht realistisch, später aber kann hoffentlich ein (allenfalls redimensioniertes) Projekt realisiert werden. Das aktuelle Projekt wurde nach der letzten

Budget-Gemeindeversammlung schnell gestoppt. Dies nach der Phase Vorprojekt. Mit einem Stand, wo man die Planung dann wiederaufnehmen könnte. So hat man Kosten sparen können.

*Alois Blättler*: Die Prognose wurde wohl aufgrund der aktuellen Einwohnerzahlen gemacht. Ist die Attraktivität überhaupt noch gegeben. Verbesserungen (z.B. Antenne) wurden abgelehnt. Heute bietet die Gemeinde eine schöne Gegend, Sonne, fertig. Eine Idee wäre z.B. die Ansiedelung von zusätzlichem Gewerbe.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* bestätigt, dass das das Themen sind, mit denen wir uns beschäftigen. Mit dem Empfang sind einige zufrieden, andere nicht. Wir haben aktuell kein Geld zum Investieren. Natur und Bildung sind auch als Vorzüge der Gemeinde positiv zu erwähnen. Eine Antenne würde wohl nicht viele zum Zuzug bewegen. Zudem sind die Einflussmöglichkeiten der Gemeinde beschränkt. Bezüglich Gewerbe wurde in der Ortsplanung eine Vergrößerung des Gewerbegebiets angestrebt, jedoch seitens Kanton abgelehnt.

*Dimitri Aleinikov* ergänzt zur Ortsplanungsrevision, dass die Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung aufgrund übergeordneter gesetzlicher Vorgaben beschränkt sind. Ihm ist wichtig, dass die Assets der Gemeinde, wie z.B. die Strassen nicht verfallen.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* weiss auch um den schlechten Zustand einzelner Strassen, u.a. der Bürenstrasse. Auch diverse Abwasserleitungen sind in schlechtem Zustand. Als auch diverse Wasserleitungen. Wenn ein Leitungsbruch auftritt, wird dieser geflickt. Bei der aktuellen Sanierung der Liestalerstrasse durch den Kanton konnte eine in die Jahre gekommene Wasserleitung nicht ersetzt werden, da wir aktuell kein Geld dazu haben. Was er bedauert.

## **4.5 Beratung und Beschluss von Gebühren, Tarifen und Ersatzabgaben 2026**

### **Bericht**

Der Gemeinderat hat die Gebühren überprüft. Für 2026 sind folgende Anpassungen nötig:

#### **Erhöhung Feuerwehersatzabgabe**

Im Rahmen des Massnahmenpakets zur Haushaltssanierung wurde beschlossen, dass die Feuerwehersatzabgabe von 10% auf 20% der Staatssteuer erhöht werden soll. Dies zur Erhöhung des Finanzierungsanteils (neu etwa 50%) an den Feuerwehkosten. Es soll mit der Massnahme einerseits die Gemeinderechnung entlastet werden, denn die zusätzlichen Erträge entsprechen ca. 1 Steuerfussprozentpunkt, andererseits die Attraktivität des Feuerwehdienstes gefördert werden. Würde die Anzahl Miliz-Feuerwehleute von der Gemeinde stark abnehmen, könnte die Nebenwache der Stützpunktfeuerweh in St. Pantaleon geschlossen werden, was wir nicht wünschen.

#### **Erhöhung Hundesteuer**

Ebenfalls im Rahmen des Massnahmenpakets zur Haushaltsanierung hat der Gemeinderat eine Erhöhung der kommunalen Hundesteuer von CHF 70 auf CHF 110

beschlossen. Die Einnahmen der Hundesteuer werden insbesondere zur Finanzierung der Robidog Hundetoiletten, Beutelspender und Hundekotbeutel, sowie für deren Entleerung und Säuberung, als auch für die Entsorgung verwendet.

Alle anderen Gebühren, Tarife und Ersatzabgaben bleiben unverändert. Sie sind in einer Liste zusammengefasst. Diese ist Bestandteil des Gebührenreglements.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt als Beschluss:

1. Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die Liste "Gebühren, Tarife und Ersatzabgaben" für das Jahr 2026 im Gebührenreglement zu genehmigen.

### **Eintreten**

://: Stillschweigend wird Eintreten beschlossen.

### **Beratung**

*Markus Burtschi:* Er ist zwar kein Hundebesitzer. Wenn man aber mit der Hundesteuer 35% hochgeht, um CHF 40, gibt dies Mehreinnahmen von CHF 5'000.-. Werden damit zusätzliche Robidog beschafft und aufgestellt? Wenn Nein, warum braucht man dann mehr Geld?

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* antwortet, dass keine zusätzlichen Robidog geplant sind. Wir müssen sparen. Die Disziplin nimmt jedoch ab. Der Aufwand steigt deswegen. Die Kosten werden entsprechend zugeordnet.

*Markus Burtschi* kann den Mehraufwand nachvollziehen, da sich nicht alle daran halten. Er möchte nicht alle Hundebesitzer deswegen strafen. Er schlägt vor, in diesem Fall die Grundgebühr Abfall zu erhöhen. Er äussert die Idee, die Kehrichtgrundgebühr um CHF 8.- zu erhöhen. Das würde sogar noch höhere Einnahmen mit sich bringen.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* stellt fest, dass dies grundsätzlich ein guter Vorschlag ist, findet aber, dass dieser noch weniger Verursachergerecht wäre.

*Markus Burtschi* erwähnt, dass er beim Zuzug für das ganze Jahr die Grundgebühr Kehricht bezahlen musste. Das sei auch nicht verursachergerecht.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* erwidert, er möchte nicht auf individuelle Themen, die nicht mit der aktuellen Gebührenerhöhung zu tun haben, eingehen.

*Thomas Giger* kann nachvollziehen, dass dies verursachergerecht verrechnet wird. Er fragt nach, ob die kantonale Gebühr noch dazu kommt, oder ob diese bereits enthalten sei.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* bestätigt, dass diese noch dazu kommt.

*Leiter Technische Dienste Peter Füllemann* bestätigt, dass die Kosten gestiegen sind, da mehr Hundekot eingesammelt werden muss. Die Leerung ist nun wöchentlich statt 2-wöchentlich notwendig. Das zählt sich enorm.

*Matthias Kaiser* rechnet vor: Bei 5 Hunden sind dies CHF 550.-. Das sei dann schon ein grosser Betrag. Die Attraktivität der Gemeinde würde so sinken. Da muss man sich überlegen, ob sich da gewisse Leute sagen, dass sie nicht zahlen wollen.

*Eine Teilnehmerin der Gemeindeversammlung* erwähnt spontan, dass auch Hausabfall im Robidog entsorgt wird. Wenn dies nicht der Fall wäre, müsste man diese auch nicht so oft leeren.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* weiss nicht, inwiefern das Aufgabe der Gemeinde sei, diesen Verstössen nachzugehen. Wir haben gar nicht die Ressourcen und Kompetenzen, da einzuschreiten resp. das zu kontrollieren.

*Markus Burtschi* erwähnt, dass er, da auch Hauskehricht im Robidog entsorgt wird, den Vorschlag einbrachte, die Kehrichtgebühr zu erhöhen.

*Armin Saladin* sieht schliesslich einen «Hundeversäuberungstourismus», der statt finde: Andere Hundebesitzer kommen von auswärts und benutzen die Infrastruktur.

### **Beschluss**

Grossmehrheitlich mit 11 Gebegenstimmen und 6 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Die Gebühren, Tarife und Ersatzabgaben für das Jahr 2026 werden genehmigt.

## **4.6 Festsetzung des Gemeindesteuerbezuges und der Konditionen 2026**

### **Bericht**

Der Gemeinderat hält die Erhöhung des Steuerfusses auf 131% für das Jahr 2026 für notwendig. Der Steuerfuss soll allerdings nicht in Stein gemeisselt sein. Es braucht jedes Jahr eine Überprüfung der Gesamtsituation. Der Steuerfuss muss flexibel sein und jährlich dem Bedarf angepasst werden.

### **Entwicklung des Steuerfusses**

In der Vergangenheit konnte der Steuerfuss von 130% (von 2009 bis 2014) auf 121% (seit 2019-2023) gesenkt werden. Die Steuerzahler konnten somit fast ein Jahrzehnt von tieferen Steuern profitieren. Im letzten Jahr musste der Steuerfuss bereits um 5 Prozentpunkte auf 126% erhöht werden. Dieser Kompensierte weitgehend die Steuersenkung der Staatssteuer (angenommen 2022, in Kraft getreten am 1.1.2023) Nun ist leider nochmals eine Erhöhung um 5 Prozentpunkte erforderlich.

### **Warum ist eine erneute Steuererhöhung notwendig?**

Zur Beantwortung dieser Frage dienen die Zahlen, welche in der ausführlichen Präsentation von GR Walter Gugerli aufgezeigt wurden.

Die Eigenkapitalreserven sind aufgrund der grossen Verluste in den Jahren 2023, 2024 und 2025 (Prognose) komplett aufgebraucht. Es wird auch per Ende

2025 ein Bilanzfehlbetrag resultieren. Somit hat die Gemeinde keinen finanziellen Spielraum mehr. Um das Ganze einzuordnen: Im Jahr 2024 weist keine einzige Solothurner Gemeinde einen Bilanzfehlbetrag aus.

Trotz bereits umgesetzten und im Budget 2026 weitergeführten, grossen Sparanstrengungen kann der Finanzhaushalt nicht ausschliesslich mit Sparmassnahmen saniert werden. Dies einerseits, weil das strukturelle Defizit sehr gross war und andererseits nur ein kleiner Teil der Kosten überhaupt durch den Gemeinderat beeinflussbar ist.

Insbesondere die grossen Kostentreiber Pflege im Alter (Stationär und ambulant), AHV-Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe können nicht beeinflusst werden. Im Budget 2026 wird in diesen Bereichen eine Aufwandsteigerung von CHF 230'000 im Vergleich zur Rechnung 2024 prognostiziert. Trotzdem konnte der Gesamtaufwand um CHF 600'000 gesenkt werden.

Im Falle einer Beibehaltung des Steuersatzes von 126% würde ein Aufwandüberschuss von rund CHF 110'000 resultieren. Zudem können diese extremen Sparanstrengungen nicht über längere Zeit aufrechterhalten werden, ohne einen Verfall der Gemeindeinfrastrukturen zu riskieren.

Falls eine Steuererhöhung abgelehnt würde, wäre mit einer weiteren Erhöhung des Bilanzfehlbetrags zu rechnen. Was das bedeutet, haben wir bereits mehrfach aufgezeigt. Wir stehen bereits unter Beobachtung des Kantons, stellt er fest, dass mit unserem Budget der Bilanzfehlbetrag nicht innert fünf Jahren abgetragen werden wird, wird der Kanton bereits in den nächsten Jahren eingreifen und kann dann eine Steuererhöhung verfügen.

## **Neuer Steuersatz: 131 % der Staatssteuer**

### **Konditionen:**

- Verfalltag: 1. Juli / Zahlungsfrist: 30 Tage / Fälligkeitsdatum ist damit der 31. Juli
- Für alles, was vor dem 31. Juli bezahlt wurde, wird auf der def. Rechnung ein Vergütungszins von 0% gutgeschrieben.
- Für alles, was bis zum 31. Juli nicht bezahlt wurde, wird mit separater Abrechnung eine Verzugszinsrechnung erstellt (3.5 %).

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt als Beschluss:

1. Den Steuereffuss für das Jahr 2026 für natürliche und juristische Personen sei auf 131 % der Staatssteuer festzulegen.
2. Die Zahlungskonditionen richten sich wie bisher nach den bestehenden Reglementen.

### **Eintreten**

://: Stillschweigend wird Eintreten beschlossen.

## **Beratung**

*Barbara Frei* hat eine Frage bezüglich Steuereinnahmen. Sie hat vernommen, dass wir ganz viele Steuerausfälle haben. Sie möchte wissen, was dagegen unternommen wird.

*Leiter der Verwaltung Christian Müller* erwidert, dass das so nicht ganz korrekt sei. Wir haben nur 1.1% Abschreibungen, hingegen der Kanton 1.7%. Es ist aber schon ein Thema, ca. CHF 50'000 bis 60'000., gehen jährlich in das Verlustscheininkasso. Und da haben wir wiederum etwa CHF 10'000 Einnahmen pro Jahr. Netto ist der Verlust also unter CHF 50'000.-.

*Dimitri Aleinikov*: Vor 2 Jahren war der Steuersatz bei 121%, dieses Jahr 126%, nächstes Jahr 131%. Werden wir bald 141% haben?

*Gemeinderat Walter Gugerli*: Nein. die nächste 2 Jahre sind sicher positiv. Darüber hinaus kann noch keine Aussage getroffen werden.

*Markus Burtschi*: Steuererhöhung: Bemühungen zum Sparen sind sicher vorbildlich. Die Gemeinde erhielt Geld geschenkt, und hat damit die Infrastruktur aufgeblasen (Spielplätze). Der Unterhalt wird jedoch nicht über Spenden finanziert, das bezahlen nun die Steuerzahler. Auch eine Deponie hätte Geld in die Kasse gebracht, aber man hat das nicht für nötig gehalten und Surer mit der Idee Deponie im Gründli im Regen stehen lassen. Man soll sich nicht wundern, wenn dann Geld in der Kasse fehlt. Investitionen können nicht getätigt werden. Tempo 30 Zone würde auch etwas kosten.

*Andreas Gitzi* möchte nicht auf die Vergangenheit eingehen. Wir suchen aktuell den Kontakt mit Surer und werden Optionen diskutieren.

## **Beschlüsse**

Mit 50 Ja zu 37 Nein und 4 Enthaltungen beschlossen:

://: Der Steuerfuss für das Jahr 2026 für natürliche und juristische Personen wird auf 131 % der Staatssteuer festgelegt.

Die Zahlungskonditionen richten sich wie bisher nach den bestehenden Reglementen.

## **4.7 Genehmigung des Budgets 2026, Erfolgsrechnung**

### **Bericht**

Das Budget weist einen Ertragsüberschuss von CHF 90'919.55.- auf. Um mit der Abtragung des prognostizierten Bilanzfehbetrags von ca. CHF 0.3 Mio. per Ende 2025 beginnen zu können und aufgrund der fehlenden Budgetreserven wurde ein kleiner Ertragsüberschuss budgetiert.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt:  
Die Erfolgsrechnung des Budgets 2026 zu genehmigen.

### **Eintreten**

://: Stillschweigend wird Eintreten beschlossen.

### **Beratung**

Keine Wortmeldungen.

### **Beschluss**

Mit Mehrheitsentscheid 59 Ja, 22 Nein und 5 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Die Erfolgsrechnung des Budgets 2026 wird genehmigt.

## **4.8 Genehmigung des Budgets 2026, Investitionsrechnung**

### **Bericht**

Die Ausgaben in der Investitionsrechnung werden mit CHF 132'500.- und Einnahmen von CHF 80'000.- budgetiert, was einen Ausgabenüberschuss (Nettoinvestition) von CHF 52'500.- verursacht.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt:  
Die Investitionsrechnung des Budgets 2026 zu genehmigen.

### **Eintreten**

://: Stillschweigend wird Eintreten beschlossen.

### **Beratung**

Keine Wortmeldungen.

### **Beschluss**

62 Ja, 10 Nein und 14 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Die Investitionsrechnung des Budgets 2026 wird genehmigt.

---

## Traktandum 5

### **Gemeindeinitiative: Faire Verteilung der Nationalbankgelder (Gemeindeautonomie-Initiative)**

#### **Bericht**

Der Gemeindeverband VSEG hat folgende Gemeindeinitiative ausgearbeitet:

#### **«Faire Verteilung der Nationalbankgelder (Gemeindeautonomie-Initiative)**

Es soll ein neuer Artikel in die Kantonsverfassung aufgenommen werden:

#### **Neuer Art. 131bis Beteiligung der Gemeinden an den Ausschüttungen der Nationalbank**

Die Hälfte der Ausschüttungen der Nationalbank an den Kanton wird nach Massgabe der Bevölkerungszahl an die Gemeinden verteilt. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten der Verteilung nach Anhörung der Gemeinden.»

Die Gemeinde-Initiative wurde von der Staatskanzlei bereits vorgeprüft und als genehmigungs- bzw. publikationsfähig eingestuft und wurde von der a.o. VSEG-Generalversammlung am 6. November 2025 grossmehrheitlich (130:2 Stimmen) genehmigt und am 14. November 2025 im Amtsblatt publiziert. Unsere Gemeinde hat an der VSEG-Generalversammlung ebenfalls dafür votiert:

#### **Begründung der Initiative:**

Gemäss Art. 31 des Nationalbankgesetzes erfolgen – soweit Gewinne anfallen respektive entsprechende Reserven vorhanden sind – jährliche Gewinnausschüttungen im Verhältnis 1/3 für den Bund und 2/3 für die Kantone. Die Ausschüttungen, die in unterschiedlicher Höhe anfallen, fliessen in die Rechnung des Kantons – ein Anteil für die dritte Staatsebene – die Gemeinden – ist bisher nicht vorgesehen.

Die Gemeinden mussten im Zuge des jüngsten Massnahmenplans 2024 feststellen und hinnehmen, dass in grösserem Mass Aufgaben und Finanzlasten vom Kanton auf sie abgeschoben wurden. Sie verlangen aus diesem Anlass einen eigenen Anteil an den Ausschüttungen der schweizerischen Nationalbank. Ein Anteil der Gemeinden rechtfertigt sich auch, weil die Gemeinden beispielsweise mit den Leistungsfeldern Alter/ Pflege und Soziales zwei wichtige Bereiche der staatlichen und gesellschaftspolitischen Tätigkeit praktisch allein tragen, die in den letzten Jahren ständig gewachsen sind und bei denen auch für die Zukunft ein starkes Wachstum (demographische Entwicklung) erwartet werden muss. Die finanzielle Last bei den Gemeinden wird damit immer schwieriger zu tragen und die Gemeinden verlieren zum Teil ihre finanzielle Selbständigkeit oder werden zumindest in ihrer Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt. Mit der Ausschüttung der Hälfte der Nationalbankgewinne soll somit die Gemeindeautonomie für die Zukunft zumindest erhalten bzw. wiederum gestärkt werden können!

Die Verteilung an die Kantone erfolgt nach der Bevölkerungszahl. Eine Verteilung innerhalb des Kantons Solothurn auf die Gemeinden soll entsprechend

auch nach der Bevölkerungszahl erfolgen, damit kein neuer Finanzausgleich geschaffen werden muss.

Auch unsere Gemeinde ist von den erwähnten Ablastungen und Kostensteigerungen betroffen. Die zusätzlichen Gelder würden eine willkommene Entlastung des Finanzhaushalts bedeuten.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die Gemeindeinitiative «Faire Verteilung der Nationalbankgelder (Gemeindeautonomie-Initiative)» zu genehmigen.

### **Eintreten**

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* beantragt Eintreten auf das Geschäft.

://: Stillschweigend wird Eintreten beschlossen.

### **Beratung**

*Matthias Kaiser*: Wurde das nicht bisher bereits zwischen Kanton und Gemeinde aufgeteilt.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi*: Nein, bisher erhielt der Kanton 2/3 der Gelder und der Bund 1/3. Gemäss Initiative soll zukünftig die Aufteilung je 1/3 für Bund, Kanton und Gemeinde sein.

*Matthias Kaiser*: Es kam auch schon vor, dass es keine Ausschüttung der Nationalbank gab.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi*: Ja, es ist so, dass die Ausschüttung nicht garantiert ist. Entweder erhalten wir das Geld oder nicht. Wir würden dieses aber gerne erhalten, wenn es eine Ausschüttung gibt. Klar, das Geld fehlt dann auch beim Kanton. Das muss man auch sehen. Die Initiative hat auch einen zweiten Aspekt: es löst hoffentlich etwas aus beim Kanton, der den Gemeinden immer mehr Ablastungen zumutet.

*Kantonsrat Thomas Giger* informiert zu den Kantonsfinanzen. Für 2026 wird ein Defizit von rund CHF 100 Mio. budgetiert. Es wurde nicht wirklich gespart. Von daher ist die Initiative ggf. ein gutes Druckmittel. Normalerweise werden von der Nationalbank ca. 40-60 Mio. an den Kanton ausbezahlt. Der Kanton Solothurn lebt vor allem vom Finanzausgleich und auch diesen Geldern. Somit würden CHF 20-30 Mio fehlen. Es werden zu wenig Einnahmen generiert, um die Ausgaben decken zu können. Der Kanton muss mehr sparen oder weitere Ablastungen vornehmen. Er macht beliebt, dass der Kanton sparen solle. Gemäss Initiativtext erfolgt die Verteilung der Gelder an alle Gemeinden nach Einwohnerzahl. Arme und reiche Gemeinden profitieren gleichermassen. Somit erhalten grosse Gemeinden mehr. Bei allfälligen Ablastungen sind auch kleine

Gemeinden betroffen. Man solle doch auch die Parlamentarier zum Sparen motivieren, er sei auch einer von denen.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* bestätigt, dass wenn die Initiative angenommen wird, es sein kann, dass ggf. der Kanton die Steuern erhöhen muss. Aber wir müssen auf unsere Finanzen schauen, nicht auf die des Kantons. Es ist eine mögliche Einnahmequelle, auf die wir nicht zum Vornherein verzichten möchten. Es kommt uns somit entgegen. Wenn die Initiative von vielen Gemeinden unterstützt wird, ist dies auch ein starkes Zeichen an den Kanton, dass die Ablastungen nicht goutiert werden. Zusätzliche Finanzmittel stärken auch die Gemeindeautonomie. Diese möchten auch bestimmen können, wo sie bezahlen müssen.

*Kantonsrat Thomas Giger* bestätigt, dass die Initiative auch als Druckmittel der Gemeinden wahrgenommen wird.

### **Beschluss**

Mit 77 Ja, 2 Nein und 6 Enthaltungen.

://: Die Gemeindeversammlung genehmigt die Gemeindeinitiative «Faire Verteilung der Nationalbankgelder (Gemeindeautonomie-Initiative)».

---

## Traktandum 6

# Totalrevision des Baureglements

### Bericht

Beim aktuell gültigen Baureglement aus dem Jahr 2004 besteht Anpassungsbedarf. So wird darin z.B. immer noch auf die vor etwa einem Jahrzehnt aufgelöste Werk- und Umweltkommission verwiesen.

Die Sonderkommission Ortsplanung hat deshalb einen Entwurf zur Aktualisierung des Baureglements erstellt. Die Anpassungen wurden dabei auf das neue Zonenreglement, das im Rahmen der Ortsplanungsrevision erstellt wurde, abgestimmt. Das aktualisierte Baureglement kann aber unabhängig davon bereits beschlossen und in Kraft gesetzt werden.

### Erläuterungen

*Gemeinderat Thomas Koller* präsentiert anhand von Folien kurz die wichtigsten Änderungen im neuen Baureglement. So wurden Anpassungen in/an folgenden Bereichen vorgenommen:

- Verantwortungen und Zuständigkeiten (§ 2, § 5, § 6)
- Begrifflichkeiten / geschlechtergerechten Formulieren
- aktuelle Gegebenheiten / Technologien
- neues Zonenreglement, in Abstimmung auf die Ortsplanungsrevision
- aktuelle Verordnungen, u.a. Kantonale Bauverordnung KBV

Er weist auf folgende Veränderungen / Ergänzungen hin:

- Einsprachen / Beschwerden (§ 3)
- Höhenlinien/Terrainplan und Baugespann (§ 4)
- Baustellen - Benutzung: Übermässiger Verschleiss und Verschmutzung des öffentlichen Grundes (§ 6)
- Freihaltung Strassenprofil (§ 8)
  - Lichtraumprofil
  - Kurven, Einmündungen, Aus-/Einfahrten
  - Beleuchtung und weiteres
- Strassenabschlüsse, Stützmauern, Strassennamen und Hausnummern (neu § 9 / ehem. in § 8 enthalten)
- Tiefe der Vorplätze / Garagenvorplätze und Abstellplätze / Schrägfelder (§ 10)
- Beschädigte Bauten (§ 12) - ehem. Bauruinen und Brandmauern
- Wärmeengewinnung aus Umwelt und kant. Beratung (§ 14)
  - Bewilligung für Wärmeengewinnung
  - Heizungsersatz und Gebäudesanierung
- Meteorwasserversickerung (§ 15)
  - Versickerung bei Neubauten und baulichen Veränderungen
  - Verweis auf Reglement Abwasserbeseitigung, insb. § 15
- Wintergärten - Verglaste Dachfläche, Ortsbildschutzzone (§ 17)
- Aussenbeleuchtung - Grundsätze zur Aussenbeleuchtung (§ 18)
- Massnahmen für Kleintiere - Durchlässigkeit, Ausstiegshilfen (§ 19)
- Widerrechtliches Handeln (§ 20)

Zudem wurden die Bestimmungen zu folgenden Themen gestrichen, da diese bereits in anderen Reglementen und Regelwerken geregelt sind. Es sollen Wiederholungen vermieden werden, um im Fall von Überarbeitungen Widersprüchlichkeiten zu vermeiden:

- Sicherheit- und Gesundheit (§ 12)
- Hecken (§ 14)
- Parabolspiegel / Sonnenkollektoren (§ 15)
- Wintergärten – Begriff, Grösse, Ausnutzung (§ 17)

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die Totalrevision des Baureglements gemäss dem aufgelegenen Entwurf zu genehmigen.

### **Eintreten**

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* beantragt Eintreten auf das Geschäft.

://: Mit grossem Mehr wird Eintreten beschlossen.

### **Beratung**

[2 Personen verlassen den Raum.]

*René Hackspiel* stellt fest, dass beim §3 zweimal Abs. 1 aufgelistet wird. Beim 2. Mal sollte dies Abs. 2 lauten [Hinweis: Es handelt sich um einen Darstellungsfehler, der sowieso von Amtes wegen korrigiert wird]. Zu diesem Abs. 2 hat er einen Änderungsantrag: Es soll das Wort «schriftlich» gestrichen werden, da dies lediglich ein Verweis auf das kantonale Recht sei, und dort das Wort schriftlich nicht erwähnt sei.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* regt an, das Geschäft an die Kommission zur Überarbeitung zurückzuweisen.

*Leiter der Verwaltung Christian Müller* macht ihn darauf aufmerksam. Dass dies nicht nötig sei. Die Gemeindeversammlung könne in der Detailberatung des Reglements über Änderungsanträge abstimmen. Zudem sei hier lediglich ein Verweis auf das kantonale Recht betroffen.

Antrag Hackspiel: Streichung des Worts «schriftlich» in § 3 Absatz 2.

Mit 41 Ja, 27 Nein und 19 Enthaltungen wird der Antrag angenommen.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* möchte zur Schlussabstimmung schreiten, da wendet René Hackspiel ein, dass er noch mehr Anliegen zum Baureglement vorbringen möchte.

*René Hackspiel* hat eine Verständnisfrage zu §6: Übermässiger Verschleiss. Er dachte, das sei im Strassenreglement geregelt, hat aber eine entsprechende Regelung nicht gefunden.

*Leiter der Verwaltung Christian Müller* hält fest, dass es kein Strassenreglement gebe. Deshalb könne es auch nicht darin geregelt sein.

*René Hackspiel* zu §10 Abs. 2: Neue Tiefe von 5m für Vorplätze. Wurde früher auf 6m gesetzt. Weshalb wurde das angepasst? Allenfalls ragen dann zukünftig parkierte Autos eher ins Strassenareal.

*Gemeinderat Thomas Koller* erklärt, dass es keine übergeordnete Vorschrift bezüglich 6m gebe. Neu werden 5m vorgeschrieben. Das wurde in der Kommission diskutiert. Man wollte den Grundeigentümern entsprechend entgegenkommen.

*René Hackspiel* stört die offene Regelung zu Schrägfeldern (Parkplätze) [§10 Abs. 4]. Dies wird seiner Meinung nach zu endlosen Diskussionen führen. Er fragt sich, weshalb im Reglement keine Norm genannt wird. Dann werde es wohl jeweils mit den Grundeigentümern ausgehandelt. Das führe zu Willkür und Begünstigung.

*Kommissionsmitglied Dimitri Aleinikov* erwidert, dass diese Frage in der Kommission diskutiert wurde. Der Verweis wurde rausgenommen, weil in absehbarer Zeit die Normen ersetzt werden. Dann müsste das Reglement wieder angepasst werden. Das wollte man vermeiden. Man richtet sich aber bei der Beurteilung nach den Regeln der Baukunst.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* fragt René Hackspiel, ob er noch fünf oder zehn weitere Fragen habe. Er ist der Meinung, man könne doch nicht noch abends um neun Uhr mit den vielen anwesenden Leuten so viele Fragen diskutieren.

*Leiter der Verwaltung Christian Müller* weist darauf hin, dass dies im Rahmen der Detailberatung durchaus möglich sei.

*René Hackspiel* erklärt, der Grund, warum wir hier sind ist, dass wir eine Demokratische Gemeinde sind. Da dürfe er Anliegen vorbringen.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* bestätigt dies. Er könne aber auch seine Meinung dazu kundtun. Er frage sich, weshalb man sich denn da nicht vorher melde.

*René Hackspiel* erklärt, dass es [erst] seit zehn Tagen bekannt sei, was geändert hat. Vorher wurde nichts kommuniziert. Was will man in zehn Tagen machen. Demokratie ist eine Staatsform. Wir wollen nicht in alte Muster zurückfallen. Vor 13 Jahren hat ihn jemand an der GV beschuldigt, wegen ihm sei die Sanierung der Bifangstrasse/St. Pantaleonstrasse viel komplizierter und teurer geworden, dabei habe die Gemeinde [zunächst] falsch geplant.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* erwähnt, dass er nicht mehr in die Vergangenheit zurückschauen möchte. Er schätze es, wenn die Sachen genau angeschaut werden. Er solle doch seine Anliegen vorher mit der Kommission besprechen.

*René Hackspiel* behauptet, dass die Baukommission nicht mit ihm über sein Bauprojekt an der Ausserdorfstrasse reden wolle, das mit einem Baustopp belegt ist. Deshalb könne man die Angelegenheit nicht lösen. Für ihn sei das Willkür.

*Markus Burtschi* meint dazu, dass wenn man das Gefühl habe, dass man nicht miteinander reden kann, man schriftlich kommunizieren könne. Dann müsse das Schreiben beantwortet werden.

*Priscilla Dipner-Gerber* erkundigt sich über die Folgen, wenn das Geschäft verschoben wird. Sie regt an, eine Verschiebung des Geschäfts zu prüfen.

*Dimitri Aleinikov* hat das Reglement miterarbeitet. Die Folgen wären nicht gravierend. Das aktuell gültige Reglement würde weiter in Kraft sein.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* stellt fest, dass das Reglement bereits vom Kanton vorgeprüft sei.

*Thomas Giger* ist der Meinung, man solle jetzt die Anträge behandeln und an dieser Sitzung beschliessen. Damit können wir uns allenfalls grössere Umstände ersparen.

*René Hackspiel* erklärt, er habe einfach noch ein paar Punkte gehabt, die ihn stören, die er ansprechen wollte. Er ist dafür, dass man das Reglement genehmigt, dass man dies heute beschliesst. Er befürchtet einfach Willkür, wenn etwas nicht genau geregelt ist.

*Matthias Kaiser* hat Probleme damit, wenn jemand vor der Versammlung mit Gemeindevertretern/Kommission so etwas besprechen soll. Dies gehört an die Gemeindeversammlung, damit auch die anderen Bürger darüber Bescheid wissen und entsprechend abstimmen können.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* ist der Meinung, dass nun über den Antrag von Priscilla Dipner-Gerber über eine Verschiebung des Geschäfts abgestimmt werden sollte.

*Priscilla Dipner-Gerber* zieht jedoch den Antrag zur Verschiebung zurück. Es sei doch besser, darüber heute zu beschliessen, denn das alte Reglement ist veraltet.

*René Hackspiel* ist weiterhin der Meinung, dass die Parkplätze genauer geregelt werden sollten, stellt jedoch keinen diesbezüglichen Antrag.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* erklärt, dass er die Demokratie schätze. Er entschuldigt sich, falls seine Wortmeldung diesbezüglich missverständlich war.

*Eine Teilnehmerin der Gemeindeversammlung* stellt fest, dass Leute den Saal verlassen haben. Sie möchte aber keinen Ordnungsantrag zur Neuzählung der Teilnehmer stellen.

## **Beschluss**

Mit 66 zu 9 Stimmen und 13 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Die Gemeindeversammlung genehmigt die Totalrevision des Baureglements gemäss dem aufgelegenen Entwurf mit der zuvor angenommenen Streichung des Worts «schriftlich» in § 3 Absatz 2.

## Traktandum 7

# Wahl externe Kontrollstelle zur Unterstützung der Rechnungsprüfungskommission

### Bericht

Bereits in der Legislaturperiode 2021-2025 wurde die Rechnungsprüfungskommission von der BDO unterstützt.

Das Zusammenspiel von Kommission, BDO und Verwaltung hat sich bewährt. Deshalb soll die BDO auch für die Legislaturperiode 2025-2029 als externe Kontrollstelle zur Unterstützung der Rechnungsprüfungskommission gewählt werden. Dies entspricht auch dem Wunsch der neu gewählten Rechnungsprüfungskommission.

### Antrag

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die BDO als externe Kontrollstelle zur Unterstützung der Rechnungsprüfungskommission zu wählen.

### Eintreten

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* beantragt Eintreten auf das Geschäft.

://:       Grossmehrheitlich wird Eintreten beschlossen.

### Beratung

Keine Wortmeldungen.

### Beschluss

Mit 72 Stimmen und 2 Enthaltungen wird beschlossen:

://:       Die BDO wird als externe Kontrollstelle zur Unterstützung der Rechnungsprüfungskommission gewählt.

## Traktandum 8

# Forstrevier Dorneckberg: Genehmigung Rechnung 2024

### Bericht

Die Rechnung 2024 des Forstreviers Dorneckberg schliesst mit einem Aufwandüberschuss von CHF 120'181.69 ab. Die Rechnung wurde 8. Mai 2024 durch das Paul Schoenenberger aus Witterswil geprüft und für richtig befunden und an der Sitzung vom 10. April 2025 durch die Forstbetriebskommission verabschiedet.

Im Nachhinein kann man keinen Einfluss mehr auf die abgeschlossene Rechnung 2024 nehmen. Die Statuten des Forstbetriebs Dorneckberg lässt eine «nur» zu Kenntnisnahme nicht zu. Auf eventuelle Fragen wird der aktuelle Betriebskommissionspräsident Stellung nehmen.

Auf den Gemeindebeitrag hat dieses Rechnungsdefizit zumindest bis und mit 2026 keinen Einfluss. Dieser hängt für die späteren Jahre von der zukünftigen Entwicklung und Finanzlage des Forstbetriebs ab.

### Antrag

Der Gemeinderat beantragt, die Rechnung 2024 des Forstreviers Dorneckberg zu genehmigen.

### Eintreten

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* beantragt Eintreten auf das Geschäft.

://: Mit grossem Mehr wird Eintreten beschlossen.

### Erläuterungen

*Cyriak Fischer, Präsident der Forstbetriebs Dorneckberg*, stellt die Rechnung 2024 des Forstbetriebs kurz vor. Er steht anschliessend für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

*Cyriak Fischer* begründet den Aufwandüberschuss mit folgenden Faktoren:

- Wechsel und Einarbeitung neuer Förster (Betriebsleiter)
- Steuerpflicht Forstbetrieb (neu)
- Schwankende Holzpreise
- Starkregenereignisse Sommer 2024

Er macht darauf aufmerksam, dass der Forstbetrieb in den Jahren 2013-2022 Ertragsüberschüsse verzeichnen durfte. 2023 und 2024 waren nun defizitär. Ab 2025 sind wieder Ertragsüberschüsse budgetiert.

### Beratung

*Matthias Kaiser* meint, die Holzpreise seien nicht gesunken, sondern gestiegen. Brennholz sei immer etwa gleich teuer.

*Cyriak Fischer* antwortet, dass die Preissenkung Waldholz und Industrieholz betreffe, nicht das Endprodukt.

## **Beschluss**

Einstimmig mit 83 Stimmen wird beschlossen:

://: Die Gemeindeversammlung genehmigt die Rechnung 2024 des Forstreviers Dorneckberg.

Der neue Revierförster Partick Fiechter ist vor Ort. Cyriak Fischer bittet ihn, kurz aufzustehen, damit die Teilnehmer der Gemeindeversammlung ihn besser sehen können.

[grosser Applaus]

---

## **Traktandum 9**

### **Verabschiedungen**

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* verabschiedet die vor Ort anwesenden Daniel Baumann, 12 Jahre im Gemeinderat, Gemeindepräsident 2015-2025 und Madeleine Leumann, 4 Jahre im Gemeinderat. und würdigt Ihren Einsatz für die Gemeinde.

Er erwähnt auch die zurückgetretenen Behördenmitglieder, die sich leider für die heutige Verabschiedung entschuldigen mussten:

Frank Ehram, 24 Jahre im Gemeinderat, Vizepräsident 2009-2017

Lilitt Bollinger, 4 Jahre im Gemeinderat

Daniela Mangold, 12 Jahre in der Baukommission, Kommissionspräsidentin 2017-2025

Patrick Saladin, 20 Jahre in der Forst-, Natur- und Landschaftskommission (inkl. Arbeitsgruppe Natur und Landschaft), Kommissionspräsident 2009-2025

Er übergibt ein kleines Präsent an Daniel Baumann und Madeleine Leumann.

[Applaus]

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* bemerkt noch, dass er den übrigen das Präsent zu einem späteren Zeitpunkt persönlich überreichen werde.

---

## Traktandum 10

### Mitteilungen

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* informiert darüber, dass ab 1.1.2026 das Wochenblatt für das Birseck und Dorneck das neue amtliche Publikationsorgan der Gemeinde ist. Dies zusammen mit den Gemeinden Dornach, Gempen und Hochwald.

*Gemeinderat Thomas Koller* informiert zu folgenden Themen:  
Ortsplanungsrevision  
Auflage beendet. Nun folgt die Bearbeitung der Einsprachen. Das wird etwas Zeit brauchen, da die Einsprachen teils umfangreich sind.

Bushaltestelle – Neumatt

Man ist weiterhin in Kontakt mit dem Kanton. Die Haltestelle wird aber aktuell nur am Wochenende vom Nachtkurs bedient.

Die Idee eines "Mitfahrbänkli" bei der Bushaltestelle Neumatt wird unterstützt. Man wird dort kundtun können, dass man mitgenommen werden möchte. Er weist schliesslich darauf hin, dass es eine private Initiative ist.

---

## Traktandum 11

### Diverses

*Armin Saladin* informiert darüber, dass er mitbekommen habe, dass der Postautoverkehr ab Fahrplanwechsel über die Oberdorfstrasse geführt werden soll. Er möchte wissen, inwiefern die Gemeinde darüber informiert ist.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* erwidert (nach Rücksprache), dass wir von der Gemeinde nichts darüber wissen. Wir gehen davon aus, dass die Busse über die Gempenstrasse fahren. Wir werden das aber abklären. Wir befürworten eine solche Routenführung über die Oberdorfstrasse nicht.

*René Hackspiel* hat auch eine Erkundung der Route mit einem Postauto mitbekommen.

Er bemerkt zudem, dass er mit Leuten, die sich entschuldigen und einen anderen Weg einschlagen, umgehen kann.

*Bruno Baud* weist darauf hin, dass die Verkehrssicherheit auch auf der Gempenstrasse nicht gegeben sei. Es wurde eine Petition betreffend die Verkehrssicherheit auf der Gempenstrasse mit 69 Unterschriften eingereicht. Es hat auch viel Ausweichverkehr. Da wird mal ein schlimmer Unfall passieren.

*August Huwiler*: möchte wissen, wie viel der Unterstand für das Gemeindefahrzeug im Monat kostet.

*Bauverwalter Fabian Bucher* antwortet CHF 120.- pro Monat.

*Gemeindepräsident Andreas Gitzi* bedankt sich bei allen Teilnehmenden für den Versammlungsbesuch und bei der Mehrheit, die das Budget mit Steuererhöhung genehmigt hat. Er wünscht allen schöne Festtage und lädt zum Apéro ein, den ein anonymer Spender finanziert hat.

---

Ende der Versammlung um 21:55 Uhr.

Für das Protokoll

**NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG  
NUGLAR-ST. PANTALEON**

Der Gemeindepräsident



Andreas Gitzi

Der Leiter der Verwaltung



Christian Müller